

NACH DEM SCHEITERN DER GREEN ECONOMY

10 THESEN ZUR KRITIK DER GRÜNEN ÖKONOMIE

ARBEITSSCHWERPUNKT GESELLSCHAFTLICHE
NATURVERHÄLTNISSE (GESNAT) DER BUKO,
MÄRZ 2012

LANGFASSUNG

Früher war „Nachhaltigkeit“, heute ist „Green Economy“. Das Konzept der Nachhaltigkeit stand dafür, dass sich nicht wirklich etwas an unseren Wirtschafts- und Lebensweisen ändern müsste, wenn alles nur etwas ‚nachhaltiger‘ würde. Nachhaltigkeit war das Versprechen der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus – mit mehr oder weniger sozialen Elementen. Genauso ist es mit der *Green Economy*. Wer würde bestreiten wollen, dass unsere Wirtschaftsweise ökologischer werden muss? Doch auch bei diesem Konzept geht es um nichts anderes als die Modernisierung des krisenförmigen Kapitalismus. Anhand von 11 Thesen werden wir zeigen, warum die *Green Economy* an dem Anspruch einer weitreichenden Ökologisierung der Wirtschaft unter den gegebenen kapitalistischen und imperialen Verhältnissen und einem unhinterfragten Fortschrittsglauben scheitern wird und muss. Denn die Strategie einer *Green Economy* beinhaltet die Idee mittels ökologischer Modernisierung der Degradierung der natürlichen Lebensgrundlagen wirkungsvoll entgegenzuarbeiten. Das macht das Konzept wichtig und wir nehmen diesen Anspruch ernst. Doch wir zeigen, dass die dominanten Strategien einer *Green Economy* die sozialen und ökologischen Widersprüche des Kapitalismus nicht aufheben können, sondern diese allenfalls auf neue Weise bearbeiten. Anders formuliert, die Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise orientiert sich nicht an den Reproduktionsnotwendigkeiten von Mensch und Natur. Diese stellen jedoch faktische Grenzen für die Produktion dar.

Durch die *Green Economy* können diese Grenzen nur verschoben werden – allerdings, wie wir zeigen werden, um einen hohen Preis. Daher argumentieren wir, dass die Bearbeitung gegenwärtiger Krisen in einem emanzipatorischen, internationalistischen und solidarischen Sinne notwendigerweise mit einer Veränderung der bestehenden Wirtschaftsweise und Herrschaftsverhältnisse einhergehen muss. Unsere Thesen verstehen wir als einen Beitrag zu aktuellen und zukünftigen Diskussionen. Sie sind Teil des Suchprozesses einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation der Produktions- und Lebensweisen weltweit.

Mit *Green Economy* ist nicht nur ein neuer Sammelbegriff gemeint. Hinter dem Begriff steht vielmehr eine Strategie, der eine liberale Position zugrunde liegt, die die Bearbeitung der ökologischen Krise als unternehmerische Chance begreifen will. Prominenz erlangte der Begriff der *Green Economy* mit der Agenda der Rio+20-Konferenz. Strategiepapiere zur *Green Economy* wurden unter anderem von Akteuren wie dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), der Organisation für wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung (OECD) oder der EU-Kommission vorgelegt. Die Ansätze der *Green Economy* stehen dabei in inhaltlicher Nähe zu denen eines *Green New Deals*. Während mit dem Begriff der *Green Economy* das Potential des Marktes zur Lösung der ökologischen Krise hervorgehoben wird, unterstreicht der Begriff des *Green New Deals* – häufig in keynesianischer Tradition – die Rolle des Staates bei der Regulierung sowie finanziellen Förderung (grüner) Ökonomie und betont Verteilungsfragen. Hinsichtlich ihrer Einschätzung von Markt bzw. Staat finden sich in Ansätzen einer *Green Economy* bzw. eines *Green New Deal* Unterschiede. Beide Ansätze verbindet jedoch der Glaube an die Möglichkeit eines ‚grünen‘ Wachstums. Dies halten Post-

o u k o
bundeskoordination internationalismus

wachstumsansätze – mit aussagekräftigen Zahlen untermauert – für unmöglich. Sie rufen dazu auf, Vielhaben nicht mit Guthaben zu verwechseln, und verbreiten Visionen eines anderen Alltags. Oftmals wird der Kapitalismus in seinen Grundsätzen dabei jedoch nicht in Frage gestellt. Entsprechende strukturkonservative Postwachstumsansätze übersehen damit den Zwang des Kapitalismus zur Kapitalakkumulation und damit tendenziell zum geldvermittelten Wachstum, indem immer mehr Waren produziert werden und immer weitere gesellschaftliche Bereiche der Warenförmigkeit unterworfen werden. Aber: Kapitalverwertung, das sehen wir in Krisenzeiten, kann auch ohne Wirtschaftswachstum stattfinden. Diejenigen, die auf Wachstumsverweigerung setzen, um den Kapitalismus zu Fall zu bringen, übersehen oft, dass das Kapital auch bei Nullwachstum oder Rezession Möglichkeiten hat, seine Verwertung sicherzustellen. Das geht häufig mit sozial und ökologisch desaströsen Auswirkungen ein. Strukturkonservative Postwachstumsansätze sehen tiefgreifende Änderungen der Produktions- und Lebensweise jedoch nicht vor. Daher gilt es Ansätze einer herrschaftskritischen und emanzipatorischen solidarischen Postwachstumsökonomie zu stärken.

Liberalen und keynesianischen Ansätze der Krisenbearbeitung bzw. strukturkonservative Postwachstumsansätze sind also nicht alternativlos, aber auch die Verständnisse davon, was unter Alternativen verstanden wird, gehen auseinander.

Vorschläge und Strategien für eine *Green Economy* werden seit 2009 diskutiert und versprechen so einiges; etwa aus der tiefsten Krise des Kapitalismus seit sieben Jahrzehnten zu kommen. Die multiple Krise des Kapitalismus, also die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die Energie- Klima- und Ernährungskrise soll ebenso gelöst werden, wie die Armutproblematik (vor allem im globalen Süden). Wie schon beim Leitbild der Nachhaltigkeit versprechen die BefürworterInnen einer *Green Economy* die Versöhnung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Entsprechend überschreibt das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) seinen Bericht von 2011, der als Programmatik für die Rio+20-Konferenz formuliert ist, mit dem Titel „Hin zu einer Grünen Ökonomie. Wege für nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung“ („Towards a *Green Economy*. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication“). Ökologische Risiken sollen verringert und zugleich wirtschaftliches Wachstum, materieller Wohlstand und soziale Teilhabe erhöht werden.

Die gegenwärtige Auseinandersetzung um eine *Green Economy* weist jedoch gegenüber den Anfängen der Debatten zu nachhaltiger Entwicklung und den damit verbundenen Strategien zu Beginn der 1990er Jahre zwei wesentliche Unterschiede auf: Zum einen ist die technologische Basis der *Green Economy* heute deutlich weiter entwickelt als damals. Die Solartechnologie ist ausgereifter und billiger. Elektromotoren haben inzwischen Marktreife erreicht; sie können bald massenhaft produziert werden. Zum anderen wird die *Green Economy* zur Lösung einer tiefgreifenden (Wirtschafts- und Finanz-)Krise in den kapitalistischen Zentren angepriesen. Gerade aus der „schöpferischen Kraft der Krise“ erfährt die *Green Economy* ihre besondere Attraktivität.

Wie so oft bei solchen Debatten werden mit der *Green Economy* jene Faktoren und politischen wie sozialen Kräfte als Hoffnungsträger ausgemacht, die auch für die Krise verantwortlich sind: Die Staaten und vor allem der Markt und das Kapital sowie die Orientierung an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Mit der *Green Economy* werden die Triebkräfte des sozial und ökologisch desaströsen Kapitalismus nicht infrage gestellt, sie sollen – im Gegenteil – für einen grünen Umbau genutzt werden: die rastlose Suche des Kapitals nach Verwertungsmöglichkeiten und Akkumulation (in „grünen“ Bereichen); die damit einhergehende Kontrolle des Kapitals über möglichst viele ökonomische und gesellschaftliche Prozesse; eine Wettbewerbslogik, die ökonomisch schwächere Menschen, Gruppen und Regionen verlieren lässt; ein ständiger Zwang zur kapitalgetriebenen Innovation; ein Staat, der zwar auch gesellschaftliche Kompromisse organisiert, aber zuvorderst die Verwertungsbedingungen des Kapitals durch privatkapitalistische Eigentumsrechte und damit die Interessen der herrschenden Gruppen sichert.

Green Economy stellt, wie der portugiesische Wissenschaftler Boaventura de Sousa Santos es ausdrückte, im hegemonialen Diskurs die Strategie dar, die am bewusstesten mit der aktuellen Krise des Kapitalismus umgeht. Die Konzepte einer *Green Economy* sind jedoch gekennzeichnet von einem Widerspruch zwischen der drastischen Darstellung der bestehenden Probleme, die nun auch sozial-ökologische Aspekte umfasst, und strukturkonservativen Lösungsansätzen. Es ist dieser konstitutive Widerspruch der *Green Economy*, der sie hinsichtlich ihrer selbstgesetzten Ansprüche scheitern lassen wird. Ein gegenwärtig in Deutschland zu beobachtendes Paradebeispiel für diese Widersprüchlichkeit ist die Energiewende und die hierum zwischen Umwelt- und Wirtschaftsministerium ausgetragenen Machtkämpfe. Hierbei geht es genau darum, dass einerseits unter Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte eine Transformation der Energiesysteme in einem erneuerbaren Sinne vorangetrieben werden soll und diese Transformation andererseits mit strukturkonservativen Argumenten verhindert wird.

Die *Green Economy* muss scheitern, denn sie stellt – wenn überhaupt – eine selektive Strategie dar, die weder demokratisch, noch inklusiv ist. Die *Green Economy* gibt vor nachhaltig zu sein, bricht jedoch weder

mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen noch mit der kapitalistischen Form der Naturaneignung.

Besitzverhältnisse, Verteilungsfragen, Macht- und Interessengegensätze, die das kapitalistische Wirtschaftssystem prägen, bleiben in den Konzepten der *Green Economy* weitgehend unberücksichtigt. Jene, die über die Produktionsmittel verfügen, entscheiden stärker über die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft als jene, die nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben. Kapitalismus beinhaltet geschlechtsspezifische, rassistische und imperiale Ausprägungen von Herrschaft. Bleiben diese Herrschaftsverhältnisse unangetastet, bedeuten vermeintlich positive Investitions- und Beschäftigungseffekte für viele Menschen statt verbesserter Lebensverhältnisse eher eine Bedrohung oder Verschlechterung von diesen.

Kritik der Green Economy

THESE 1: Die grundsätzliche Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung ist im kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht möglich.

Die von verschiedenen Institutionen in den letzten Jahren ausgearbeiteten Konzepte einer *Green Economy*, verstanden als neue paradigmatische Wirtschaftsstrategie, teilen die Annahme, dass eine Entkopplung von kapitalistischem Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung mit technologischen und sozialen Innovationen möglich sei. Das ist ein attraktives Versprechen. Doch hinter dieser Annahme verbirgt sich die Botschaft, dass es zur Bearbeitung der ökologischen Krise keiner fundamentalen Systemtransformation bedarf.

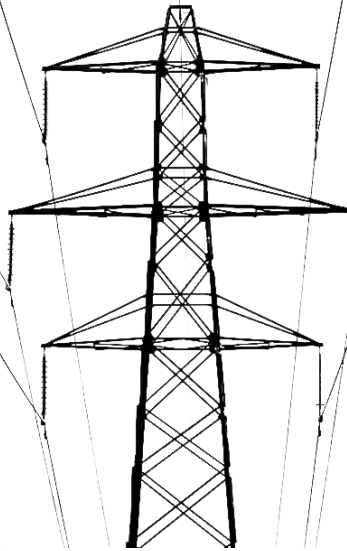


Foto: greenhitma, sxc.hu

Im Gegenteil, die Leistungen des kapitalistischen Systems müssten nur in die ‚richtige‘ Richtung gelenkt werden.: Den Märkten müssten die ‚richtigen‘ Informationen und Anreize gegeben werden, damit umweltverträgliche Investitionen getätigt werden und technologische und institutionelle Innovationen entstehen, die eine Steigerung der Produktivität bewirken (z. B. eine Effizienzrevolution). Auf diese Weise könnten neue Märkte geschaffen und Quellen eines neuen ‚grünen‘ Wachstums erschlossen werden.

Um dies zu erreichen, bedürfte es der Schaffung geeigneter politischer Rahmenbedingungen und einer konsequenten Internalisierung der ökologischen Folgekosten. Natur soll wie die Arbeitskraft zur Ware werden. Die Annahme lautet, dass nur, was einen Preis hat, sich in Wirtschaftsberechnungen und Marktregulation einbeziehen und letztlich schützen lässt.

Schon auf der empirischen Ebene werden jedoch die Grenzen einer solchen Perspektive deutlich. Der sogenannte Rebound-Effekt zeigt, dass Einsparpotentiale von Effizienzmaßnahmen durch Mehrnachfrage aufgrund von Produktivitätssteigerungen und damit einhergehenden Kostensenkungen aufgezehrt oder sogar überkompensiert werden. Beispielsweise werden eingesparte Benzinkosten durch ein verbrauchsärmeres Auto in die Anschaffung anderer zusätzlicher energieverbrauchender Produkte investiert oder mit demselben Auto schlicht weitere Strecken zurückgelegt. Überdies werden Kosteneinsparungen durch Effizienzsteigerungen auch dazu genutzt schwerere, leistungsstärkere Autos zu produzieren. Darüber hinaus ist aber auch die Entwicklung und Herstellung effizienterer Technologien, Produkte und Infrastrukturen (erstmal) mit einem erhöhten Energieaufwand sowie Naturverbrauch verbunden. Mitunter wird durch Effizienzsteigerungen mehr von der derselben Ressource verbraucht; oder aber durch technologische Innovati-

onen werden andere Ressourcen wie Seltene Erden benötigt. Die Formel Effizienz = Sparsamkeit = weniger Naturzerstörung geht also nicht immer auf, da Effizienz- und Produktivitätssteigerungen das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Wachstum schlägt sich wiederum in steigender Güterproduktion und einem damit verbundenen steigendem Verbrauch von Energie und Naturelementen nieder. Und: Immer offensichtlicher wird: Wir benötigen ein ganz anderes Verständnis von gesellschaftlichem und individuellem Wohlstand, das nicht mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt wird.

THESE 2: Die Green Economy blendet Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse aus. Die soziale Frage wird auf Wachstum, green jobs und monetäre Armutsreduzierung verengt.

Die Konzepte der *Green Economy* propagieren wirtschaftliches Wachstum als Allheilmittel zur Lösung der Weltprobleme und der aktuellen Krisen. Verteilungsfragen, soziale Minderheitenrechte oder Geschlechterverhältnisse sowie ein grundlegend anderes Verständnis von Wohlstand werden nicht thematisiert. So reduziert sich die soziale Frage in den aktuellen Debatten auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, sog. green jobs. Mit der Fundierung eines radikalen Wachstumsimperativs wird die herrschende ökonomistische Weltsicht in der *Green Economy* alternativlos. In der *Green Economy* haben Klassen-, Geschlechter- und ethnisierte Verhältnisse und die damit verbundenen Fragen nach der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion und der herrschaftlichen Arbeitsteilung im Weltmaßstab keinen Platz.

Die *Green Economy* sitzt einem Trugschluss auf, wenn sie die soziale Frage derart verengt. Die Schaffung grüner Arbeitsplätze stellt nicht notwendigerweise soziale Gerechtigkeit her. Das oberste Gebot kapitalistischer Produktion besteht darin, Gewinne durch die Steigerung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu machen bzw. zu erhöhen. Produkte, auch so genannte ‚grüne‘, benötigen natürliche Ressourcen wie Seltene Erden oder landwirtschaftliche Güter (dies zeigt sich insbesondere bei der Erzeugung von Agrartreibstoffen). Gewonnen werden diese Ressourcen im Bergbau oder auf Plantagen im globalen Süden. Dies auch deshalb, weil dort die Lohnkosten wesentlich geringer sowie die Arbeits- und Umweltstandards niedriger sind. Die sozialen Bedingungen an diesen Orten sind oftmals katastrophal. Bergbautätigkeiten unter Leitung internationaler Konzerne ziehen massive Vertreibungen und extreme Umweltbelastungen und mit hin die Zerstörung der gesundheitlichen und materi-

ellen Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung nach sich. Beim Anbau von Rohstoffen für Agrartreibstoffe hat die lokale Nahrungsmittelproduktion gegenüber der Befriedigung der Mobilitätsbedürfnisse der globalen Mittel- und Oberschicht das Nachsehen. Gleichzeitig forcieren kapitalstarke (trans-)nationale Unternehmen im Einklang mit nationalen politischen Eliten eine aggressive Landnahme (land grabbing). So werden Gemeingüter privatisiert und kapitalisiert und der lokalen, diversifizierten Nutzung und Kontrolle entzogen. Wirtschaftswachstum und die Kommodifizierung von Natur – also die Zurichtung ihrer Elemente zu Waren für den kapitalistischen Markt – implizieren immer einen Wandel bzw. eine Zuspitzung bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse. Statt soziale Ungleichheiten abzubauen und rassistische, klassen- und geschlechtsspezifische Unterdrückungsformen aufzuheben, münden die Strategien einer *Green Economy* in der Zuspitzung derselben. Denn Naturverhältnisse und gesellschaftliche Verhältnisse stehen sich nicht etwa gegenüber, sondern bedingen sich wechselseitig. Sozial-ökologische Gerechtigkeit sieht anders aus.

THESE 3: Die Strategien zu einer Green Economy sind auf technologische Ansätze fixiert.

Strategien der *Green Economy* folgen einem grüntechnologischen Fahrplan. Wie schon in Modellen der ökologischen Modernisierung der 1980er Jahre sind es technologische Innovationen und spezifisches technisches Know-How, die den Pfad der zukünftigen Entwicklung vorgeben sollen. Das Zauberwort heißt „Ressourceneffizienz“.

Gegen eine Ausweitung des Anteils erneuerbarer Energien am Strom- und Energiemix und gegen eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Es muss jedoch auch danach gefragt werden, wie dies erreicht werden soll und welche gesellschaftlichen Interessen dabei gestärkt werden. In den diskutierten Strategiepapieren einer *Green Economy* wird größtenteils auf herrschaftsförmige Großtechnologie gesetzt, also Technologien, die zu einer zentralisierten, an Großunternehmen ausgerichteten Energieproduktion und -versorgung passen. So sind bereits heute die immer gigantischer werdenden off-shore Windanlagen in den Ozeanen, die Wüstenstrom-Initiative „Desertec“, die elektrobetriebenen Automobilflotten oder der geplante Belo Monte-Staudamm im Norden Brasiliens Ausdruck einer herrschaftstechnologischen Problembearbeitung, die von den ökonomischen und politischen Eliten kontrolliert wird und bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse verfestigt.

Die Entwicklung von Technologien und damit ein gegebenfalls effizienterer Ressourceneinsatz sind aber keine neutralen Prozesse, sondern über Investitionen in Forschung und Entwicklung in vielen Fällen profitgetrieben. Die Verwendung „neuer“ Technologien wird über geistige Eigentumsrechte monopolisiert und damit herrschaftsförmig kontrolliert. Und wir sollten nicht vergessen: Effizienzgewinne, die uns heute als Lösung angepriesen werden, sind ein ganz normales Prinzip kapitalistischer Modernisierung.

THESE 4: Die Green Economy entpolitisiert die Debatten um eine sozial-ökologische Transformation.

Schon das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wurde seitens der BUKO als Hegemonieprojekt und Strategie modernisierter Herrschaftssicherung kritisiert, mit dem unter dem ideologischen Deckmantel von Umwelt und Entwicklung das kapitalistische Gesellschaftsmodell abgesichert wird. Die *Green Economy* muss als wesentlich konkreter und realistischer Versuch einer Fortschreibung dieses Projekts verstanden werden.

Die Debatten um eine *Green Economy* könnten perspektivisch in eine Entpolitisierung aktueller Krisendiskussionen münden und autoritäre Lösungsvarianten befördern. Das entscheidende Element besteht darin, die Krisenerscheinungen als Bedrohung der Gesellschaft oder der gesamten Menschheit von außen darzustellen. Die gesellschaftlich hervorgebrachten Krisen werden zu Risiken und Bedrohungen erklärt, die nur durch scheinbar objektives und neutrales Expertenwissen und darauf beruhenden Entscheidungen unter Kontrolle gebracht werden können. Bestehende

gesellschaftliche Widersprüche und soziale Konflikte werden im Glauben an die Wirksamkeit von Management-, Policy- und Governanceansätzen und deren Alternativlosigkeit unsichtbar gemacht. Die Konsequenz einer solchen Entpolitisierung besteht darin, dass sozial-ökologische Transformation nur noch innerhalb der existierenden politischen Strukturen gedacht werden kann und sich auch nur innerhalb dieser vollzieht.

Green Economy und Grüner Kapitalismus

THESE 5: Die Green Economy forciert die Inwertsetzung von Natur unter dem Deckmantel ihres Schutzes.

Der Kapitalismus allgemein, und damit auch ein grüner Kapitalismus, lebt davon, dass Kapital verwertet und akkumuliert wird. Das geschieht darüber, dass immer mehr soziale Verhältnisse warenaufgefasst werden – insbesondere Arbeit bzw. die Verausgabung von Arbeitskraft wird zu einem steigenden Anteil als Lohnarbeit erbracht. Darin liegen die enormen Wachstumsraten von Schwellenländern begründet: In der Integration von Hunderten von Millionen von Menschen in den kapitalistischen Markt über Lohnarbeit. Doch die kapitalistische Dynamik lebt auch davon, dass Naturelemente wie Wasser, biologische Vielfalt, Gas, Öl, Lithium oder die Atmosphäre zu auf dem Markt verkaufbaren Waren werden. Grundlage dafür ist, dass die Naturelemente zu „Ressourcen“ werden und Eigentumsrechte an ihnen geschaffen und gesichert werden. Das entspricht der herrschenden



Foto: Kovik, sxc.hu

Wirtschaftstheorie: Die Umweltprobleme kommen daher, dass Naturelemente im ökonomischen Prozess keinen Wert haben. Also muss man ihnen einen Preis geben und schon gehen sie als „knappes“ Gut in die Kalkulation der Unternehmen ein. Das hört sich ganz aufrichtig an: „Die Produkte sollen Preise haben, die die ökologische Wahrheit sagen.“

Doch damit werden Dynamiken in Gang gesetzt, die gar nicht mehr fragen, ob es überhaupt sinnvoll ist, alles über Eigentumsrecht und Preise zu regulieren. Die Hauptakteure dieser Prozesse werden als alternativlos dargestellt: Die produzierenden Unternehmen und Märkte funktionieren dann richtig, wenn der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Genau das ist die Grundidee der *Green Economy*.

THESE 6: Die Green Economy favorisiert marktförmige Instrumente um der Vernutzung von Ressourcen, Ökosystemen und Senken zu begegnen.

Die Produktions- und Lebensweise des gegenwärtigen und sich globalisierenden Kapitalismus führt zu einer immer intensiveren Vernutzung von Ressourcen und Ökosystemen, die in den rastlosen Kreislauf der Kapitalverwertung eingesogen werden. Der globalisierte Kapitalismus macht die Atmosphäre, Ozeane oder Land, das als Mülldeponie genutzt wird, zur Deponie für vernutzte Ressourcen – zur Senke. Wir sprechen hier nicht nur von Hausmüll, sondern auch von riesigen Seen, die aus der Schlacke der Stahl- und Aluminiumproduktion in Ungarn oder im Amazonas entstehen. Als politisches Instrument, um diesem Prozess entgegenzuwirken, preist die herrschende Wirtschaftstheorie marktförmige Instrumente an. Die *Green Economy* will diesem Pfad folgen.

Es gilt die Logik: Es muss sich für Unternehmen, Staat und Verbraucher „rechnen“, die Umwelt nicht zu verschmutzen und zu übernutzen. Offensichtlich ist das in der Klimapolitik, in der über den Emissionshandel und andere Instrumente den in die Atmosphäre ausgestoßenen Molekülen (etwa CO₂ oder Methan) ein Preis gegeben wird. Seit Einführung des Emissionshandels in Europa wird geschätzt, dass die europäischen Energieunternehmen mit den kostenlos zugeteilten Emissionszertifikaten schätzungsweise 127 Milliarden US-Dollar (etwa 97 Milliarden Euro) Gewinne gemacht haben. Bislang kommt es damit jedoch faktisch zu keiner Reduktion der Emissionen! Im Gegenteil: Kalkulierende Manager ahnen wahrscheinlich, dass sie im Jahr 2020 noch bessere Geschäfte machen, wenn weiterhin zu viel CO₂ emittiert wird.

THESE 7: Deutschland ist ein Paradebeispiel für die Etablierung einer herrschaftlich verfassten Green Economy.

Unter Rückgriff auf Leitbilder wie nachhaltige Entwicklung, ökologische Industriepolitik oder Green New Deal werden in Deutschland gesellschaftliche Veränderungen propagiert, die die oben dargestellten Verkürzungen des *Green Economy*-Diskurses teilen. Der Begriff der *Green Economy* ist in der deutschen Debatte angekommen und reproduziert eine herrschaftliche Sichtweise auf die Bearbeitung der sozial-ökologischen Probleme.

In den 1970er und 1980er Jahren wurden sozial-ökologische Problemlagen in Deutschland im Wesentlichen von progressiven sozialen Bewegungen in die Öffentlichkeit getragen. Die Bearbeitung dieser Probleme wollten diese Akteure mit einer grundlegenden Transformation der hergebrachten Verhältnisse verbinden. Demgegenüber hat sich hinsichtlich der Problembearbeitung heute die Perspektive einer ökologischen Modernisierung des Kapitalismus durchgesetzt, deren Hoffnungsträger die Unternehmen sind.

Die politischen Auseinandersetzungen in Reaktion auf die Reaktorkatastrophe in Fukushima haben die konservativ-liberale Regierung genötigt, die Energiekonzerne zu einer Abschaltung von einigen Atomkraftwerken zu zwingen. Mit ihrer sogenannten „Energiewende“ forciert sie eine herrschaftliche Bearbeitung der sozial-ökologischen Probleme, die sich schon seit einigen Jahren vollzieht. So fördert sie derzeit großtechnologische Ansätze wie die Offshore-Windkraft und ordnet die erneuerbaren Energien der Wettbewerbslogik unter.

Deutschland ist ein Beispiel dafür, wie Elemente einer *Green Economy* vorangetrieben werden, ohne dass sich eine tatsächlich nachhaltige Produktions- und Lebensweise durchsetzt. Das wird etwa an den Strategien der großen vier Stromkonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und ENBW deutlich, die zwar inzwischen in erneuerbare Energien investieren (z. B. offshore-Windanlagen), aber trotz Fukushima weitgehend unbeirrt an ihrem fossil-nuklearen Kurs festhalten.

In der aktuellen Vielfachkrise des Kapitalismus steht die Bundesrepublik bisher als relativer Krisengewinner dar. Auch wenn die deutsche Solarindustrie inzwischen empfindliche Verluste gegenüber ihrer chinesischen Konkurrenz hinnehmen musste, gehört die deutsche Umweltindustrie nach wie vor zu den weltweit wettbewerbsfähigsten Playern in diesem rasant wachsenden Markt. Damit könnte Deutschland von einem selektiven greening seiner Wirtschaft in der internationalen Konkurrenz profitieren, auch

wenn sich global ein grüner Kapitalismus nicht als neues hegemoniales Projekt durchsetzt.

THESE 8: Die Green Economy ist sozial und räumlich selektiv und exklusiv.

Ein Blick auf die Entwicklungen in Deutschland zeigt auch: Eine *Green Economy* macht falsche Versprechungen, an denen sie scheitern wird. Das heißt nicht, dass es nicht selektiv (räumlich und zeitlich) und sozial exklusiv gelingen mag, mehr grüne Elemente in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.

Es mag in Europa zu einem Zuwachs an E-Mobilität kommen, erneuerbare Energien könnten im europäischen Energiemix und den Investitionsentscheidungen großer Energiekonzerne immer wichtiger werden und der Stromverbrauch könnte durch Effizienzmaßnahmen reduziert werden. Dies alles würde aber noch keinen Beitrag zur gewünschten Dekarbonisierung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und zur Reduzierung der Abhängigkeiten vom Erdöl leisten. Mit steigendem Preis lohnt es sich auch, in die umweltverschmutzende Förderung der Ölsande in Kanada zu investieren. Neue grüne Anlagefelder für das krisengeschüttelte Kapital geben die falschen Anreize zur Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, weil sie auf Wachstum zielen. Mit einer nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweise wird damit ebenso wenig gebrochen wie die Umweltdegradation oder die Übernutzung der globalen Senken, wie der Atmosphäre, gestoppt wird. Diese wird lediglich dorthin verlagert, wo die notwendigen Rohstoffe einer *Green Economy* extrahiert oder angebaut werden: in ländliche Regionen, den globalen Süden oder in die Tiefsee. Gerade aus seiner internationalistischen Perspektive müssen die drohenden Problemverschiebungen in andere Weltregionen kritisiert und unterbunden werden.

Emanzipatorische Alternativen zur Green Economy

THESE 9: Eine solidarische Gesellschaft baut auf demokratischen Entscheidungen auf, nicht auf der Wert- und Preislogik der Green Economy

Wir halten es auf dem Weg in eine solidarische Gesellschaft für besser, wenn die lokalen, regionalen und globalen Gemeingüter, die gesellschaftlichen Produktions- und Lebensverhältnisse wie auch Natur nicht prinzipiell der Wert- und Preislogik unterwor-

fen werden. Wäre dies der Fall, gewännen tendenziell jene, die über Geld und Macht verfügen. Insbesondere Gemeingüter sollen frei nutzbar bleiben oder durch ihre Ent-Privatisierung dazu gemacht werden. Wie mit ihnen umgegangen wird, soll demokratischen Entscheidungen, nicht ökonomischer Kaufkraft und Macht unterliegen.

Das heißt, der „demokratische Gehalt der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (Erik Swyngedouw) muss erhöht werden. Abstrakt bedeutet eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die Art und Weise, wie sich Gesellschaften Natur aneignen und wie sie darüber Ernährung und Wohnen, Kommunikation und Mobilität herstellen, zum Gegenstand demokratischer Auseinandersetzung zu machen. Statt die Verfügung über die natürlichen Lebensgrundlagen immer exklusiver zu gestalten – und darauf läuft die *Green Economy* aufgrund ihrer Markt- und Profitlogik hinaus –, gilt es, sie radikal zu demokratisieren. Beispiele dafür, dass eine demokratische Kontrolle über natürliche Ressourcen zu reflexiveren Naturverhältnissen führt, gibt es zuhauf. Sie zeigen sich in nicht-kapitalistischen Formen des Umgangs mit Wasser und Biodiversität ebenso wie in der Dezentralisierung der Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energieträger, in gemeinschaftlichen Formen des „Urban Gardening“ ebenso wie in einer solidarischen Organisation von Mobilität.

Eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beinhaltet darüber hinaus die Demokratisierung der Technologieentwicklung: Grundsätzlich haben erneuerbare Energien das Potenzial zur Dezentralisierung und damit zur autonomen und kommunalen Verfügbarkeit (Energiesouveränität). Die Forschung und Entwicklung von Technologien und Produkten muss in diese Richtung gehen, und bereits im Forschungsprozess soziale und ökologische Bedingungen berücksichtigt. Die Überwindung ungleicher Geschlechterverhältnisse und rassistischer Diskriminierung ist ein wesentliches Element einer solchen Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

THESE 10: Innovation in einer solidarischen Wirtschaft benötigt Zeit

Im Bereich der Ressourcennutzung setzt die *Green Economy* auf eine Strategie des zunehmenden Recyclings. Auch wenn eine Kreislaufwirtschaft eine Notwendigkeit ist, muss eine wirklich solidarische und nachhaltige Wirtschaft sich darüber hinaus Zeit für technologische Innovation nehmen.

Eine Kreislaufwirtschaft ist ein wichtiges und unterstützenswertes Ziel – insbesondere in der in vielen

Bereichen ressourcenarmen EU. Es vermindert den Druck auf die Erschließung neuer Rohstoffe und verringert das Potenzial zu politischen Spannungen und kriegerischen Auseinandersetzungen um Rohstoffe. Aber auch hier ist zu fragen, wer die heutigen Bedingungen für möglichst weitgehendes Recycling setzt, welche Interessen dahinter stecken. Heute können aus vielen High-Tech-Produkten rein technisch weniger als ein Prozent der elektronischen Teile recycelt werden, da die kostengünstige Produktion und nicht die Recycling-Fähigkeit im Mittelpunkt steht.

Eine wirklich solidarische und nachhaltige Wirtschaft muss nicht nur die Technologieentwicklung zum Bestandteil öffentlicher Auseinandersetzungen machen und das Vorsorgeprinzip anwenden. Wenn Mobiltelefone unter dem Gesichtspunkt des konsequenten Recyclings produziert werden, dann dauern technologische Entwicklungen länger. Das müssen auch die NutzerInnen einsehen. Das werden sie aber nur einsehen, wenn sie sich der Probleme über öffentliche Diskussionen bewusst sind und den Eindruck haben, dass Technologieentwicklung auch im öffentlichen Interesse stattfindet.

These 11: Dem *Green Economy*-Diskurs kann etwas entgegen gesetzt werden, wenn sich Kritik öffentlich artikuliert und sie praktisch wird über sozial-ökologische Bewegungen.

Öffentliche Kritik am sich bildenden Konsens, dass Strategien der *Green Economy* zur Lösung der tiefgreifenden Probleme und der multiplen Krise beitragen könnten, ist notwendig.

Vielfältige Kritiken, Forderungen und konkrete Alternativen haben zur öffentlichen Diskussion und zu einem recht hohen Umweltbewusstsein beigetragen. Und es gibt viele Initiativen, die sich ganz praktisch gegen die falschen Versprechen der ökologischen Modernisierung des Kapitalismus wehren. Die Konflikte um Landnahme und die Privatisierung öffentlicher Güter, Kämpfe gegen Großprojekte und technologisch fixierte Ansätze finden allorten statt. In ihnen wird auch die demokratische Frage aufgeworfen, wer eigentlich heute über die wesentlichen Entwicklungsvorstellungen und -linien bestimmt, wer die *Green Economy* kontrolliert. Ein beispielhaftes Konfliktfeld stellt die Energieproduktion und -versorgung in Deutschland dar. Der Anteil der erneuerbaren Energien wird hier in den kommenden Jahren zunehmen. Ob damit eine Dezentralisierung einhergeht, oder aber die Zentralisierung beibehalten wird, ist jedoch offen. Die bislang sich abzeichnende Antwort der Kontrolle der *Green Economy* – offshore-Windanlagen oder das Multi-Milliarden-Projekt Desertec unter der Kontrolle starker Investoren – finden wir nicht emanzipatorisch. Im Gegenteil: Sie verhindern, dass sich in der Gesellschaft andere

Sichtweisen von Wohlstand jenseits von Wirtschaftswachstum und andere alltägliche Praktiken jenseits des „Weiter wie bisher“ durchsetzen.

Die ökologischen Bewegungen in Deutschland sind mit der widersprüchlichen Herausforderung konfrontiert, dass sie auf der einen Seite durchaus einige Erfolge zu verbuchen haben, wenn beispielsweise erneuerbare Energien stark ausgebaut werden oder Teile der Bewegung inzwischen in Form von Umweltverbänden, Parteien und Regierungsapparaten an der konstruktiven Ausgestaltung der ökologischen Modernisierung mitwirken. Die Bewegungen haben so – gewollt oder ungewollt – selbst zu einem kapitalistischen Modernisierungsprojekt beigetragen. Auf der anderen Seite sind die vielfältigen sozial-ökologischen Probleme im Kern ungelöst bzw. verschärfen sich noch. Die real-existierenden Ansätze einer *Green Economy* werden die zugrundeliegenden Ursachen dieser Probleme nicht lösen.

Aus einer emanzipatorischen Perspektive muss es deshalb darum gehen, nicht jede Form eines ökologischen Umbaus zu kritisieren, sondern speziell seine kapitalistische Variante in Gestalt der *Green Economy*. Dagegen sind beispielsweise Ansätze von Energiedemokratie / Energiesouveränität stark zu machen. Beide Modelle stehen sich unversöhnlich gegenüber: Entweder sind die Erneuerbaren Energien in der Hand privatkapitalistischer Unternehmen, die ab einer bestimmten Größe massiven politischen Einfluss zur Durchsetzung ihrer Interessen ausüben, oder aber die Menschen selbst haben die Möglichkeit über ihre Energieversorgung zu bestimmen.

Wir stellen uns auf die Seite derer, die mit emanzipatorischen Absichten und Zielen für eine tiefgreifende und weltweite Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kämpfen. Wir plädieren deshalb dafür, auf der Suche nach einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation der Produktions- und Lebensweisen aktuelle Kämpfe, die etwa in Lateinamerika um die Ausbeutung mineralischer Rohstoffe, den Bau von Großstaudämmen und die Monokulturisierung der Landwirtschaft geführt werden, zur Kenntnis zu nehmen. Indem wir uns auf diese Kämpfe ebenso beziehen wie auf die dortigen Debatten um Alternativen zur Entwicklung (Stichwort Gutes oder Erfülltes Leben) kann es gelingen, in internationalistischer Absicht Denk- und Handlungsräume zu öffnen, die mit dem Kitt der Grünen Ökonomie möglicherweise auf lange Sicht geschlossen werden. In die aktuellen und aus unserer Sicht sehr wichtigen Auseinandersetzungen möchten wir mit diesem Thesenpapier intervenieren und über Diskussionen zu Klärungsprozessen und zur Entwicklung angemessener politischer Strategien beitragen. ■